

# Toolbox Kommunale Koordinierung im Übergang Schule – Beruf

---

## Einleitung

Trotz zahlreicher Unterstützungsangebote, Bildungsgänge und Maßnahmen im Übergang Schule und Beruf verlassen rund 15 % Jugendliche eines Altersjahrgangs das Bildungs- und Ausbildungssystem, ohne eine Berufsausbildung abzuschließen. Eine kommunale Koordinierung beim Übergang von der Schule in den Beruf hat zum Ziel, Ausbildungslosigkeit und Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Dies soll geschehen mit einer besseren Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den Akteuren und Institutionen des Übergangssystems.

## Das Übergangssystem

Als Übergangssystem verstehen wir die Gesamtheit der Personen, Institutionen, Bildungsgänge und Angebote, die die Übergänge von der Schule in Ausbildung vorbereiten, unterstützen, begleiten oder umsetzen.

Zum Übergangssystem zählen somit:

- die Vorbereitung auf die Übergänge in Ausbildung durch die allgemeinbildenden Schulen. Ebenso die Angebote und Institutionen, durch die die Schulen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützt werden: Berufsberatung, Berufsorientierung in außerschulischen Einrichtungen, Betriebspraktika, Angebote der Jugendhilfe usw.
- Institutionen und Angebote, die auf eine Berufsausbildung vorbereiten (z. B. BvB-Maßnahmen, das schulische Berufsvorbereitungsjahr, Einstiegsqualifizierung).
- Institutionen und Angebote, in denen eine Berufsausbildung durchgeführt (Ausbildungsbetriebe, berufliche Schulen, außerbetriebliche Ausbildungseinrichtungen) oder die Ausbildung unterstützt wird (z. B. Berufseinstiegsbegleitung, ausbildungsbegleitende Hilfen).
- Akteure des Übergangssystems sind: Schulverwaltung und Schulaufsicht, kommunale Ämter oder Dezernate (Jugend, Bildung, Arbeitsförderung), Agentur für Arbeit, Träger der Grundsicherung, Kammern, Gewerkschaften, Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte.

## Zum Aufbau der Toolbox

Diese Toolbox beinhaltet Dokumente (Tools), die für den Aufbau einer kommunalen Koordinierung Informationen und Hilfen anbieten. Die hier aus einer großen Anzahl von Veröffentlichungen zusammengestellten Texte haben sich für die Praxis als hilfreich erweisen.

Das erste Kapitel der Toolbox stellt Tools vor, die den Charakter von Handbüchern und Überblickstexten haben. Die darauf folgenden fünf Kapitel behandeln die Aufgabenfelder, die beim Aufbau einer kommunalen Koordinierung bearbeitet werden müssen.

## Kapitelübersicht

1. **Handbücher und Überblickstexte**
2. **Aufbau von Strukturen und Verfahren einer kommunalen Koordinierung**
3. **Herstellung von Transparenz im Übergangsgeschehen**
4. **Herstellung von Transparenz in der Angebotsstruktur**
5. **Verbesserung der Angebotsstruktur in der Sekundarstufe I**
6. **Verbesserung der Angebotsstruktur in der Sekundarstufe II**

Zu jedem Aufgabenfeld gibt es eine kurze Einführung.

Unterschieden werden drei Arten von Tools:

- Handreichungen
- Instrumente
- Beispiele guter Praxis

Ergänzende Informationen zu einzelnen Tools geben Hinweise zu deren Einsatzmöglichkeiten und deren Leistungsfähigkeit. Soweit möglich, wird auf die Dokumente verlinkt (Download). Wo dies nicht möglich ist (z. B. bei Verlagspublikationen), werden Bezugsquellen benannt.

### 1. Handbücher und Überblickstexte

Dieser Teil der Toolbox enthält Texte, die einen Überblick über Handlungsfelder und Handlungsstrategien für eine kommunale Koordinierung im Übergang Schule – Beruf geben und den Charakter von Handbüchern haben. Zum Teil handelt es sich um Verlagspublikationen, für die die Toolbox nur bibliografische Informationen geben kann.

Einen Überblick über die Akteure des Übergangssystems, deren Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten und konkrete Handlungshinweise für ausgewählte Felder gibt ein vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) erstellter **Leitfaden lokales Übergangsmanagement** der Bertelsmann Stiftung.

Eine Bilanz der Ergebnisse und Erfahrungen von 27 Initiativen im Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) *Perspektive Berufsabschluss* enthält die DJI-Broschüre: **Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren**.

Zum selben Thema und auf derselben Grundlage hat das DJI **Handlungsempfehlungen der wissenschaftlichen Begleitung** veröffentlicht.

Seit 2007 arbeitet die Weinheimer Initiative, eine Arbeitsgemeinschaft von Kommunen, an der Verbesserung der Koordinierung im Übergang Schule – Beruf. Im Umfeld der Initiative sind zwei Publikationen mit Handbuchcharakter entstanden:

- Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative (Hrsg.) (2012): Lokale Bildungsverantwortung: Kommunale Koordinierung beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Kohlhammer Verlag. [ISBN: 978-3-17-022126-0](#)

- Wilfried Kruse und Expertengruppe (2010): Jugend: Von der Schule in die Arbeitswelt. Kohlhammer Verlag. [ISBN: 978-3-17-020931-2](#)

Auf dem Jahresforum 2012 der Weinheimer Initiative in Kiel hat Prof. Ingo Richter in einem Beitrag den rechtlichen Rahmen für eine **Kommunale Koordinierung des Übergangs in die Berufsausbildung als kommunale Aufgabe im „Regelbetrieb“** skizziert.

Aus Bundes- und Landesprogrammen zur Verbesserung der lokalen bzw. regionalen Kooperation und Koordination im Übergang Schule – Beruf liegen bilanzierende Berichte vor: Über das Programm *Lernende Regionen* hat dessen wissenschaftliche Begleitung einen Schlussbericht **Lebenslanges Lernen in Regionalen Netzwerken verwirklichen** erstellt.

Eine kurze Zusammenfassung der Aufgaben und Anforderungen an kommunale Koordinierung hat schließlich die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT) unter dem Titel **Übergänge in kommunaler Verantwortung** gegeben.

### Handreichungen:

- ➔ [Leitfaden lokales Übergangsmanagement](#) (Bertelsmann Stiftung)
- ➔ [Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren](#) (DJI)
- ➔ [Handlungsempfehlungen der wissenschaftlichen Begleitung](#) (DJI)
- ➔ [Kommunale Koordinierung des Übergangs in die Berufsausbildung als kommunale Aufgabe im „Regelbetrieb“](#) (Prof. Ingo Richter)
- ➔ [Lebenslanges Lernen in Regionalen Netzwerken verwirklichen. Abschließende Ergebnisse zum Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“](#) (Lernende Regionen)
- ➔ [Übergänge in kommunaler Verantwortung](#) (BAG ÖRT)

## 2. Aufbau von Strukturen und Verfahren einer kommunalen Koordinierung

### Einführung

Kommunale Koordinierung ist eine Querschnittsaufgabe, die in der Kommunalverwaltung unterschiedliche Zuständigkeiten berührt. Um zu signalisieren, dass kommunale Koordinierung des Übergangs Schule – Beruf eine Chefsache ist, kann die Aufgabe bei der **Verwaltungsspitze** angesiedelt werden. Eine Alternative ist die Ansiedlung bei der Leitung eines **Dezernats** oder Amtes, wobei die Kooperation mit anderen kommunalen Ressorts bzw. Ämtern sicher gestellt sein muss. Möglich ist auch die Ansiedlung der kommunalen Koordinierung in einem **Bildungsbüro** (in dem die Kommune ihre Bildungsaktivitäten bündelt) oder in einer **Jugendberufsagentur** mit gesichertem Zugang zur Verwaltungsspitze. Den **Aufbau von Arbeitsstrukturen und -verfahren** hat das DJI in seinen Handlungsempfehlungen zur BMBF-Förderinitiative *Regionales Übergangsmanagement* beschrieben. Einen Überblick zu diesem Thema gibt der **Werkstattbericht Kommunales Bildungsmanagement** der Initiative *Lernen vor Ort*.

## Handreichungen:

➔ [Aufbau von Arbeitsstrukturen und -verfahren für das regionale Übergangsmanagement](#) (DJI)

➔ [Werkstattbericht Kommunales Bildungsmanagement](#) (Lernen vor Ort)

Beim Aufbau von Arbeitsstrukturen und -verfahren sind folgende Teilaufgaben zu bewältigen:

- Der Aufbau eines **Koordinationssteams**
- Die Einrichtung von **Gremien**, in denen die Akteure des Übergangssystems ihr Handeln abstimmen
- Die Institutionalisierung der Kooperation mit der zuständigen **Landesebene**

### 2.1 Aufbau eines Koordinierungsteams

Kommunale Koordinierung im Übergang Schule – Beruf stellt hohe Anforderungen an die Qualifikationen und Erfahrungen der Personen, die in einem Koordinationsteam Aufgaben übernehmen: Erfahrungen im Umgang mit kommunaler Politik und Verwaltung, mit Kammern und Arbeitsagenturen, mit der Schulaufsicht und -verwaltung, mit der Landesebene. Darüber hinaus werden sozialwissenschaftliche bzw. statistische Qualifikationen benötigt, um Datengrundlagen für das Übergangsmanagement schaffen und bewerten zu können.

Im Rahmen der Initiative *Lernen vor Ort* wurde ein **Profil der Übergangsmanagerinnen und -manager** entwickelt, das die Anforderungen für deren unterschiedliche Aufgabenbereiche beschreibt.

## Handreichung:

➔ [Profil der Übergangsmanagerinnen und -manager im Rahmen eines ganzheitlichen Bildungsmanagements](#) (Lernen vor Ort)

### 2.2 Einrichtung von Gremien

Kommunale Koordinierung braucht einen Ort, an dem die Akteure des Übergangssystems ihr Handeln abstimmen können. Folgende Institutionen sollten in einem Koordinationsgremium durch Personen mit Leitungsverantwortung vertreten sein: Schulverwaltung und Schulaufsicht, kommunale Ämter oder Dezernate (Jugend, Bildung, Arbeitsförderung), Arbeitsagentur, Träger der Grundsicherung, Kammern, Gewerkschaften, Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte. Die genaue Zusammensetzung des Gremiums ist abhängig von den Arbeitsschwerpunkten, die gesetzt werden sollen. Akteure dürfen nicht deshalb ausgeschlossen werden, weil sie dem Übergangsmanagement möglicherweise skeptisch gegenüber stehen.

Ein Kennzeichen des Übergangssystems ist, dass seine Institutionen und Akteure unterschiedlichen Rechtskreisen zugehören (Schulgesetze der Länder, Sozialgesetzbücher II, III und VIII, Berufsbildungsgesetz usw.). Darum ist in Koordinationsgremien Handlungsfähigkeit nur per Konsens erreichbar. Die Mitglieder des Koordinationsgremiums sollten ihren Konsens über Ziele und Wege in Form einer Kooperationsvereinbarung festhalten. Diese

Vereinbarung hat zwar nicht den Charakter eines rechtsverbindlichen Vertrages, wohl aber den einer nachdrücklichen Absichtserklärung.

Die Initiative *Lernen vor Ort* hat in ihrem **Werkstattbericht Bildungsübergänge koordinieren** eine Matrix (S. 25) für den systematischen Aufbau der Steuerungsstruktur publiziert. An selber Stelle ist eine Handreichung zu einsetzbaren Planungsverfahren veröffentlicht.

### Handreichung:

➔ [Werkstattbericht Bildungsübergänge koordinieren](#) (Lernen vor Ort)

Ein Beispiel für die Zusammensetzung und für das Selbstverständnis eines Koordinationsgremiums ist der **Beirat Regionales Übergangsmanagement** in Dortmund.

Eine Möglichkeit, den Konsens über Ziele und Wege festzuhalten, ist die Formulierung eines Leitbildes. Dafür ist das **Leitbild Regionales Bildungsnetzwerk Kreis Düren** ein Beispiel.

Um die Arbeitsfähigkeit des Gremiums zu stärken, hat sich der Lenkungskreis des Regionalen Übergangsmanagements im Kreis Düren eine **Geschäftsordnung** gegeben.

Eine ähnliche Funktion erfüllt eine **Kooperationsvereinbarung Übergang Schule – Beruf**, wie sie z. B. für **die Stadt und den Landkreis Göttingen** und für **Offenbach** abgeschlossen wurde.

### Beispiele guter Praxis:

➔ [Die Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt gemeinsam gestalten – der Beirat Regionales Übergangsmanagement. S. 8-13](#) (Bildungsbüro Dortmund)

➔ [Leitbild Regionales Bildungsnetzwerk Kreis Düren](#) (Regionales Übergangsmanagement Düren)

➔ [Geschäftsordnung für den Lenkungskreis des Regionalen Übergangsmanagements Kreis Düren](#) (Regionales Übergangsmanagement Düren)

➔ [Kooperationsvereinbarung Übergang Schule – Beruf](#) (Regionales Übergangsmanagement Göttingen)

➔ [Kooperationsvereinbarung Übergang Schule – Beruf](#) (Regionales Übergangsmanagement Offenbach)

## 2.3 Kooperation mit der Landesebene

Bei aller Vielfalt von Zuständigkeiten im Übergangssystem ist der Übergang Schule – Beruf ein Bildungsthema. Darum ist kommunale Koordinierung auf eine enge Zusammenarbeit mit der für Bildungspolitik zuständigen Landesebene angewiesen.

Die Rahmenbedingungen für eine solche Zusammenarbeit haben sich in den letzten Jahren verbessert, weil eine wachsende Zahl von Bundesländern kommunale Koordinierung als einen wichtigen Baustein für Verbesserungen im Übergangssystem anerkennt.

Das Land Nordrhein-Westfalen überträgt seit 2011 den Kommunen explizit Aufgaben der lokalen Koordinierung bei der Umsetzung von Landesprogrammen und stattet sie dafür auch mit Ressourcen aus. Es gibt **Muster für Kooperationsverträge** zwischen dem **Land und Landkreisen** und dem **Land und kreisfreien Städten**. In einer gemeinsamen **Absichtserklärung über die Umsetzung des Landesvorhabens „Neues Übergangssystem Schule – Beruf“** haben die StädteRegion Aachen und das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW die Ausgestaltung der kommunalen Koordinierungsaufgaben beschrieben.

### Instrumente:

- ➔ Kooperationsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen mit Landkreisen (NRW)
- ➔ Kooperationsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen mit kreisfreien Städten (NRW)
- ➔ Absichtserklärung über die Umsetzung des Landesvorhabens „Neues Übergangssystem Schule – Beruf“ zur kommunalen Koordinierung (StädteRegion Aachen)

Das **Impulsprogramm Bildungsregionen** in Baden-Württemberg hat eine Stärkung der lokalen/regionalen Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Bildungsakteuren in Landkreisen, kreisfreien Städten und in Einzelfällen auch in kreisangehörigen Kommunen zum Ziel.

Eine ähnliche Programmatik wurde in Schleswig-Holstein für eine **Entwicklungspartnerschaft zwischen Land, Städten, Landkreisen und Bundesagentur für Arbeit und Kommune** speziell für den Übergang Schule – Beruf entwickelt.

### Beispiele guter Praxis:

- ➔ Impulsprogramm Bildungsregionen (Baden-Württemberg)
- ➔ Entwicklungspartnerschaft zwischen Land, Städten, Landkreisen und Bundesagentur für Arbeit und Kommune (Schleswig-Holstein)

## 3. Herstellung von Transparenz im Übergangsgeschehen

### Einführung

In diesem Abschnitt wird behandelt, wie für die kommunale Koordinierung Datengrundlagen zum regionalen Übergangsgeschehen geschaffen werden können. Bundes- oder auch Länderdaten lassen sich nicht einfach auf kreisfreie Städte und Landkreise herunterrechnen. Abhängig von der Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur und der Ausgestaltung des Übergangssystems unterscheiden sich die Regionen: in den Wegen, die Jugendliche von der Schule in die Ausbildung einschlagen, in daraus resultierenden Risiken der Ausbildungslosigkeit und dem sich daraus ergebenden Handlungsbedarf. Kommunale Koordinierung braucht darum Informationen zum regionalen Übergangsgeschehen.

Zur Herstellung von Transparenz zum Übergangsgeschehen können folgende Strategien eingesetzt werden:

- In **kommunalen Berufsbildungsberichten** (bzw. in Bildungsberichten) werden vorhandene statistische Daten zusammengestellt und aufeinander bezogen.
- In **Schülerbefragungen** werden Informationen zu den Wegen Jugendlicher durch das Übergangssystem bei diesen selbst erhoben.
- **Prozessdaten**, die bei der Anmeldung Jugendlicher in den beruflichen Schulen oder bei der Dokumentation der Begleitung Jugendlicher durch das Übergangssystem anfallen, liefern Informationen über die Bildungsvoraussetzungen, -pläne und -wege.

### 3.1 Kommunale Berufsbildungsberichte

Kommunale Berufsbildungsberichte (bzw. entsprechende Kapitel in kommunalen Bildungsberichten) werden in regelmäßigen zeitlichen Abständen erstellt, um die Entwicklung des Übergangsgeschehens umfassend abzubilden. Für kommunale Berufsbildungsberichte wird ein fester Bestand an Informationen wiederholt erhoben (Kernbericht). Zusatzerhebungen zu wechselnden Themen, die den Kernbericht ergänzen, richten den Fokus auf spezifische Problembereiche und Fragestellungen.

Kommunale Berufsbildungsberichte bilden das Übergangsgeschehen über die Zuständigkeitsbereiche der verschiedenen Akteure und Institutionen des Übergangssystems hinweg ab. Das setzt einen akteursübergreifenden Konsens über Ziele, Inhalte und Verfahren der Berichterstattung voraus.

Für den Aufbau einer periodischen Berichterstattung werden statistische und sozialwissenschaftliche Qualifikationen benötigt. Dafür wird die Zusammenarbeit mit einer Wissenschaftseinrichtung in der Region empfohlen.

Bei der Erstellung von kommunalen Berufsbildungsberichten kann auf die folgenden Vorarbeiten zurückgegriffen werden:

Explizit als Tool für die kommunale Bildungsberichterstattung wurde vom Statistischen Bundesamt ein **Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings** entwickelt. Er basiert auf einem für die Nationale Bildungsberichterstattung entwickelten Indikatorensystem und hat eine Vergleichbarkeit von Informationen zwischen den Kommunen zum Ziel. Der Anwendungsleitfaden hat das gesamte Bildungssystem zum Gegenstand. Die Abbildung der Übergangsproblematik und der beruflichen Bildung in einem kommunalen Bildungsmonitoring werden in einem eigenen **Werkstattbericht Berufliche Bildung im kommunalen Bildungsmonitoring** des BMBF-Programms *Lernen vor Ort* behandelt.

Eine **Handreichung: Wie erstellt man einen kommunalen Bildungsbericht?**, die für das Programm *Lernen vor Ort* vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) erarbeitet wurde, stellt eine praktische Anleitung dar. Auf demselben Indikatorensystem aufbauend wurde im BMBF-Programm *Lernen vor Ort* schließlich auch ein **IT-Instrumentarium für das Bildungsmonitoring** entwickelt, das Kommunen bei der Verarbeitung und Auswertung kommunaler Bildungsdaten einsetzen. Dessen Leistungsfähigkeit kann von uns zu diesem Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden.

#### Instrument:

→ [IT-Instrumentarium für das Bildungsmonitoring](#) (Lernen vor Ort)

Im Indikatorensystem der Nationalen Bildungsberichte werden unter dem Label „Übergangssystem“ sowohl Bildungsgänge zum Erwerb der Ausbildungsreife (BVJ, BGJ, BvB) als auch Bildungsgänge zum Erlangen eines Mittleren Bildungsabschlusses (zweijährige Berufsfachschulen) zusammengefasst. Zur Herstellung von Transparenz im Übergangsgeschehen ist allerdings eine stärkere Differenzierung zumindest nach diesen beiden unterschiedlichen Typen von Bildungsgängen notwendig.

Eine solche stärkere Differenzierung enthält die vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) entwickelte **Integrierte Ausbildungsberichterstattung**. Auch sie ordnet sehr heterogene Bildungsgänge einem Sektor „Integration in Berufsausbildung - Übergangsbereich“ zu,

differenziert aber in einem weiteren Schritt nach Inhalten und Funktion der Bildungsgänge (Berufsvorbereitung bzw. Berufsgrundbildung vs. Vorbereitung auf allgemeinbildende Abschlüsse).

In Hessen wurden Pionierarbeiten für eine integrierte Ausbildungsberichterstattung auf Landesebene geleistet. Der dafür erstellte **Methodische Leitfaden für 2012** kann auch als Raster für eine Berichterstattung auf regionaler bzw. lokaler Ebene genutzt werden.

### Handreichungen:

- ➔ [Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings](#) (Statistisches Bundesamt)
- ➔ [Handreichung: Wie erstellt man einen kommunalen Bildungsbericht?](#) (Lernen vor Ort)
- ➔ [Werkstattbericht Berufliche Bildung im kommunalen Bildungsmonitoring](#) (Lernen vor Ort)
- ➔ [Integrierte Ausbildungsberichterstattung](#) (BIBB)
- ➔ [Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Hessen. Methodischer Leitfaden für 2012](#) (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung)

Explizit zur Bilanzierung von Nachfrage und Angeboten für alle beruflichen Bildungsgänge in Duisburg wurde für die **Duisburger Berufsbildungsberichte** eine „Input-Output Matrix“ zum Übergangsgeschehen entwickelt. Den **Kieler Bildungsbericht 2013** zeichnet aus, wie aus fortlaufend erhobenen Daten Indikatoren für die Bewertung der Übergänge von der Schule in den Beruf abgeleitet werden können. Der **U25-Übergangsreport 2012 der Sozialagentur Mülheim an der Ruhr** ist ein Beispiel eines kommunalen Berichts, der spezifisch die Übergangsproblematik zum Thema hat.

### Beispiele guter Praxis:

- ➔ [Kommunale Berufsbildungsberichte – Das „Duisburger Modell“](#) (DJI)
- ➔ [Kieler Bildungsbericht 2013](#) (Regionales Übergangsmanagement Kiel)
- ➔ [Sozialagentur Mülheim an der Ruhr: U25-Übergangsreport 2012](#) (Regionales Übergangsmanagement Mülheim/Ruhr)

## 3.2 Schülerbefragungen

Schülerbefragungen können die periodische Berichterstattung kommunaler Berufsbildungsberichte ergänzen. Je nach Anlage liefern sie Planungsdaten aber auch Basisinformationen zum Übergangsgeschehen.

- **Schulabsolventen-Befragungen** informieren zeitnah über die Pläne Jugendlicher für die Zeit nach der Schule, über ihre Erfahrungen mit Angeboten zur Vorbereitung auf den Übergang und über ihre Einschätzungen zum Nutzen dieser Angebote.
- **Längsschnittuntersuchungen** informieren über erreichte Anschlüsse nach der Schule, über die Wege Jugendlicher durch das Übergangssystem und über den Beitrag von Unterstützungsangeboten zum Gelingen oder Misslingen von Übergängen.

Schülerbefragungen werden in der Regel in den Schulen selbst durchgeführt. Darum müssen die Schulen für eine aktive Mitarbeit gewonnen werden.



Für Schulabsolventen-Befragungen hat das DJI einen **Musterfragebogen Schülerbefragung** und eine **Handreichung zur inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung von Schülerbefragungen** erarbeitet. Aus dem BMBF-Programm *Lernen vor Ort* wurde ein **Workstattbericht Schulabsolventenbefragung** veröffentlicht.

### **Instrument:**

- ➔ [DJI-Musterfragebogen Schülerbefragung](#) (DJI)

### **Handreichungen:**

- ➔ [Inhaltliche und organisatorische Gestaltung von Schülerbefragungen](#) (DJI)
- ➔ [Workstattbericht Schulabsolventenbefragung](#) (Lernen vor Ort)

**Längsschnittuntersuchungen** liefern Informationen über Wege durch das Übergangssystem und helfen, Stärken und Schwächen von Bildungsgängen, Unterstützungsangeboten und Strukturen des Übergangssystems zu erkennen. Sie sind allerdings in ihrer Durchführung organisatorisch und methodisch sehr anspruchsvoll und der Einsatz von Telefoninterviews für Folgebefragungen ist kostenträchtig. Der Aufsatz **Die lokalen Schulabsolventen-Längsschnitte des DJI** beschreibt exemplarisch das Design solcher Längsschnittuntersuchungen. Aus mehreren Kommunen der BMBF-Förderinitiative *Regionales Übergangsmanagement* liegen Ergebnisberichte aus Schulabsolventen-Längsschnitten vor (z. B. **Geschafft – Übergänge in Göttingen: Mittelschülerinnen und Mittelschüler auf dem Weg von der Schule ins Erwerbsleben; Stuttgarter Haupt- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung**) vor, die als Muster für eigene Studien und Auswertungen dienen können.

Eine Einsicht aus solchen Schulabsolventen-Längsschnitten war, dass entscheidende Weichen für das Gelingen des Übergangs in Ausbildung im System der beruflichen Schulen gestellt werden. Im Rahmen der BMBF-Förderinitiative *Regionales Übergangsmanagement* wurden deshalb auch Längsschnittuntersuchungen an beruflichen Schulen durchgeführt. Beispiele dafür sind: **Magdeburger Berufsschülerinnen und Berufsschüler in der berufsvorbereitenden und beruflichen Ausbildung** und eine **Längsschnittstudie für den Kreis Gütersloh**.

Beispiel einer Verbindung von quantitativen und qualitativen Verfahren bei der Analyse der Übergangswege Jugendlicher ist die DJI-Studie **Umwege in Ausbildung**.

### **Beispiele guter Praxis:**

- ➔ [Die lokalen Schulabsolventen-Längsschnitte](#) (DJI)
- ➔ [Geschafft? – Übergänge in Göttingen](#) (Regionales Übergangsmanagement Göttingen)
- ➔ [Mittelschülerinnen und Mittelschüler auf dem Weg von der Schule ins Erwerbsleben](#) (Regionales Übergangsmanagement Leipzig/DJI)
- ➔ [Stuttgarter Haupt- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung](#) (Regionales Übergangsmanagement Stuttgart/DJI)
- ➔ [Magdeburger Berufsschülerinnen und Berufsschüler in der berufsvorbereitenden und beruflichen Ausbildung](#) (Regionales Übergangsmanagement Magdeburg/DJI)
- ➔ [Längsschnittstudie für den Kreis Gütersloh](#) (Sozialforschungsstelle Dortmund)

➔ Umwege in Ausbildung (DJI)

### 3.3 Prozessdaten

Prozessdaten werden durch den Einsatz elektronischer Systeme bei der Anmeldung Jugendlicher in den beruflichen Schulen oder bei der Dokumentation der Betreuung und Begleitung Jugendlicher durch das Übergangssystem gewonnen. Elektronische Anmeldesysteme verfolgen die Übergänge zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen bzw. zwischen verschiedenen Bildungsgängen beruflicher Schulen. Elektronische Dokumentationssysteme erfassen die Übergangswege von Jugendlichen, die von Übergangskoaches und weiteren Begleiterinnen/Begleitern (Mentoren, Paten, Coaches) unterstützt werden.

Der Nutzen von Prozessdaten ist abhängig von der Genauigkeit und Vollständigkeit der erfassten Informationen. Eine gute Qualität wird erreicht, wenn für die Anwender/innen Aufwand und Ertrag in einem guten Verhältnis stehen. Wichtig sind eine gute Handhabbarkeit und eine Beschränkung auf wesentliche Informationen.

Prominentes Beispiel für ein erprobtes elektronisches Anmeldesystem ist das in Ostwestfalen-Lippe entwickelte **Schüler Online**. Aus dieser Region liegen Erfahrungsberichte und Umsetzungshinweise vor, die wichtige Hilfen bei Entscheidungen über eine Einführung solcher Systeme bieten (**Erfahrungsbericht Schüler Online**).

Hinsichtlich der Übertragbarkeit eines elektronischen Anmeldesystems auf die eigene Kommune sind zwei Aspekte zu beachten:

- Die Verarbeitung von Individualdaten in elektronischen Anmeldesystemen stellt hohe Anforderungen an den Datenschutz. Eine frühe Beteiligung der für den Datenschutz Verantwortlichen ist unabdingbar.
- Damit die Einführung eines elektronischen Anmeldesystems gelingt, wird eine verlässliche Vorbereitung und Unterstützung benötigt. Das setzt das Vorhandensein einer informationstechnischen Infrastruktur voraus.

IT-gestützte Dokumentationssysteme, in denen Prozessdaten aus der Begleitung und Unterstützung Jugendlicher im Übergang Schule – Beruf generiert werden, sind insbesondere im *Hamburger Hauptschulmodell* (und daran anknüpfende sonstige lokale bzw. regionale Programme) und im Rahmen des vom BMFSFJ geförderten Programms *Jugend Stärken (IT-gestütztes Dokumentationssystem)* zu finden. In beiden Fällen werden Jugendliche mittels Fallmanagement begleitet. Die dabei erhobenen Daten werden mit der dafür entwickelten Software dokumentiert.

#### Handreichungen:

➔ IT-gestütztes Dokumentationssystem (DJI)

➔ Erfahrungsbericht Schüler Online (DJI)

Für das Hamburger Hauptschulmodell wurde eine inzwischen breit eingesetzte Dokumentationssoftware entwickelt (Datenbanksystem SynJob), über deren Einsatzvoraussetzungen und -möglichkeiten Erfahrungsberichte vorliegen (**Einsatz von SynJob im Berliner Netzwerk für Ausbildung**).

Die Dokumentationssysteme des Programms *Jugend Stärken (mpuls WASKA für Kompetenzagenturen und mpuls WASKO für „Die 2. Chance - Schulverweigerung“)* werden derzeit an mehreren hundert Standorten des Programms eingesetzt. Die Voraussetzungen,

Probleme und Möglichkeiten der Nutzung dieser Dokumentationssysteme werden von der Regiestelle des Programms, dem Sozialpädagogischen Institut in Berlin, laufend beobachtet und ausgewertet (**WASKA und WASKO**).

### **Instrumente:**

- ➔ [Schüler Online](#)
- ➔ [Dokumentationssystem mpuls WASKA für Kompetenzagenturen](#) (Jugend Stärken)
- ➔ [Dokumentationssystem mpuls WASKO für „Die 2. Chance - Schulverweigerung“](#) (Jugend stärken)
- ➔ [Software für das Hamburger Hauptschulmodell - SynJob](#)

### **Beispiele guter Praxis:**

- ➔ [Einsatz von SynJob im Berliner Netzwerk für Ausbildung](#) (DJI)
- ➔ [Erfahrungsbericht WASKA und WASKO](#) (Jugend Stärken)

## **4. Transparenz in der Angebotsstruktur**

### **Einführung**

Dieser Abschnitt behandelt Verfahren zur Herstellung von Transparenz in der Angebotsstruktur eines regionalen Übergangssystems. Diese Transparenz ist eine Voraussetzung dafür, dass das Angebot an Bildung, Qualifizierung, Unterstützung, Betreuung und Begleitung quantitativ und qualitativ dem Bedarf angepasst werden kann.

Für qualitative Verbesserungen der Angebotsstruktur können vergleichende Evaluationen von Angeboten und Maßnahmen wichtige Grundlagen schaffen. Allerdings trifft die Durchführung solcher Evaluationen in der Praxis auf methodische und „politische“ Hürden:

- Eine methodische Hürde ist, dass Evaluationsstudien, die zu belastbaren Ergebnissen führen sollen, in Design und Umsetzung hoch anspruchsvoll sind.
- Eine „politische“ Hürde ist, dass viele Anbieter nur eine geringe Bereitschaft haben, ihre Angebote und Maßnahmen durch unabhängige Dritte evaluieren zu lassen.

Da die Institutionen und Angebote im Übergangssystem unterschiedlichen Rechtskreisen zugehörig sind, muss zur Herstellung von Transparenz in der Angebotsstruktur die Kooperationsbereitschaft der Akteure des Übergangssystems sichergestellt werden. Es müssen gemeinsam Antworten auf folgende Fragen gefunden werden:

- Was sind die Ziele der Bestandsaufnahme?
- Über welche Bereiche des Übergangssystems sollen Informationen erhoben werden?
- Welche Informationen über Institutionen und Angebote im Übergangssystem sollen erhoben werden?
- Wer soll die Informationen erheben?
- Wie und für welche Zwecke sollen die erhobenen Informationen aufbereitet werden?
- Wie sollen die Informationen fortgeschrieben/aktualisiert werden?

Vor dem Hintergrund der genannten Hürden sind in der Praxis bei der Herstellung von Transparenz eher pragmatische Lösungsansätze entwickelt worden:

- Für den Überblick über die Angebotslandschaft wurden **Angebotsdatenbanken** online aufgebaut.
- Auf dieser Grundlage wurden in einem weiteren Schritt **Wegweiser durch das Übergangssystem** für Fachkräfte mit Beratungs- und Begleitaufgaben entwickelt.
- Mit dem Ziel einer Verbesserung der Angebotsstruktur wurden **kritische Bestandsaufnahmen** durchgeführt.
- Auf dieser Grundlage wurden Verfahren zur **Entwicklung von Qualitätsstandards** umgesetzt.

**Handlungsempfehlungen zur Herstellung von Transparenz** über die Angebotsseite hat das DJI publiziert.

### Handreichung:

➔ [Handlungsempfehlungen zur Herstellung von Transparenz](#) (DJI)

Ein gutes Beispiel für eine Verknüpfung von Befragungsergebnissen (Befragungen von Schüler/innen, Eltern, Unternehmen: Fragebögen im Anhang) ist der Bericht **Berufsorientierung in Neubrandenburg**. Der Bericht **Anschlussperspektiven im Landkreis Rostock** ist Beispiel für eine kritische Bestandsaufnahme zur Angebotsstruktur. Eine ähnliche Funktion hat die **Bestandsaufnahme zum Stand und zur Entwicklung des Nürnberger Übergangssystems**, die gleichzeitig die Basis für eine Beschlussvorlage eines Ausschusses des Nürnberger Stadtrates ist. Eine Zusammenstellung der Beiträge und Diskussionen eines Entwicklungsworkshops der BMBF-Förderinitiative *Regionales Übergangsmanagement* enthält die **Dokumentation Angebotstransparenz schaffen – Was folgt nach den Analysen?**

### Beispiele guter Praxis:

- ➔ [Berufsorientierung in Neubrandenburg](#) (Regionales Übergangsmanagement Neubrandenburg)
- ➔ [Anschlussperspektiven im Landkreis Rostock](#) (Regionales Übergangsmanagement Landkreis Rostock)
- ➔ [Bestandsaufnahme zum Stand und zur Entwicklung der Nürnberger Übergangssystems](#) (Regionales Übergangsmanagement Nürnberg)
- ➔ [Dokumentation des Entwicklungsworkshops „Angebotstransparenz schaffen – Was folgt nach den Analysen?“](#) (DJI)

## 4.1 Angebotsdatenbanken

Angebotsdatenbanken geben einen Überblick über die Institutionen und Angebote des Übergangssystems: Informationen zu Zielsetzungen und Zielgruppen, zu Abschlüssen und Berechtigungen, die erworben werden können, zu eingesetzten Verfahren der Förderung, zu Qualifikationen des eingesetzten Fachpersonals sowie zu Lernorten und Kapazitäten. Die folgende Auflistung stellt eine kleine Auswahl aus der großen Vielfalt von in den letzten Jahren eingerichteten Angebotsdatenbanken dar:

In **Nürnberg** wurden Angebote, Projekte und Initiativen in einer **Online-Datenbank** veröffentlicht. Es handelt sich um Anbieterinformationen, die per Fragebogen erhoben wurden. Die Kriterien „Art des Angebots“, „Lernort“, „Zielgruppe“ und „Zielsetzung“ werden

als Suchfilter genutzt. Ein Datenblatt gibt Auskunft über den Anbieter, den Zugang, die Zugangsvoraussetzungen, den zeitlichen Umfang und die zu erwerbenden Zertifikate oder Abschlüsse. Zusätzlich werden Materialien als Download zur Verfügung gestellt.

In **Kiel** wurden Angebote und Projekte ebenfalls online in einer **Datenbank** auf den Webseiten veröffentlicht. Die Angebote sind den folgenden Kategorien zugeordnet: Angebote der schulischen Berufsorientierung, der Berufsvorbereitung, der Berufsausbildung sowie Beratungsangebote und Unterstützungsleistungen. Für die Angaben zeichnen sich die Anbieter verantwortlich. Sie können ihr eigenes Angebot über einen passwortgeschützten Zugang aktualisieren. Jedes Angebot ist anhand von vorgegeben Kriterien beschrieben. Neben der Kurzbeschreibung, sind die Zielgruppen, die Ziele, die Dauer und die Zugangsvoraussetzungen aufgeführt.

Für den **Salzlandkreis** sind über die Webseiten **Angebote im Übergang Schule – Beruf** mit Informationen und Kontaktdaten sowie Ausbildungsplätze/Praktika, regionale Projekte und Förderprogramme online abrufbar. Die Informationen der Anbieter sind mit Informationen über die Berufe verknüpft, so dass beim Klick auf ein Berufsbild, dazugehörige freie Stellen bzw. Praktika, Ausbildungsbetriebe und Beratungsstellen aufgeführt werden. Die Informationen sind für die Nutzergruppen „Jugendliche“, „Arbeitgeber“ und „Netzwerkpartner“ aufbereitet.

### **Beispiele guter Praxis:**

- ➔ [Online-Datenbank der Angebote in Nürnberg](#) (Regionales Übergangsmanagement Nürnberg)
- ➔ [Online-Datenbank der Angebote in Kiel](#) (Regionales Übergangsmanagement Kiel)
- ➔ [Datenbank der Angebote im Salzlandkreis](#) (Regionales Übergangsmanagement Salzlandkreis)

## **4.2** Wegweiser durch das Übergangssystem

Die Unübersichtlichkeit vieler regionaler Übergangssysteme stellt ein gravierendes Hindernis für die Unterstützung von Jugendlichen und deren Eltern durch Fachkräfte mit Begleit- und Beratungsaufgaben dar. Insofern kann die für eine bessere Koordination ohnehin erforderliche Herstellung von Transparenz in der Angebotsstruktur genutzt werden, um Wegweiser durch das Übergangssystem zu erstellen. Solche Wegweiser finden, bei guter Qualität und einer gelungenen Aufbereitung der Informationen, bei Schulen, Berufsberatungen und Jugendberatungsstellen großes Interesse.

Einen Katalog **Wege ins Berufsleben, Angebote und Maßnahmen für junge Menschen in Offenbach am Main** hat das Regionale Übergangsmanagement Offenbach insbesondere für den Gebrauch durch pädagogische Fachkräfte erstellt.

Ein **Leitsystem Bildungs- und Qualifizierungswege nach der allgemeinbildenden Schule** in Plakatformat hat das Regionale Übergangsmanagement Berlin erarbeitet; ein Wegweiser, der von den pädagogischen Fachkräften mit Beratungs- und Begleitaufgaben sehr positiv aufgenommen wurde und in der Darstellungsform an anderen Standorten der BMBF-Förderinitiative *Regionales Übergangsmanagement* übernommen wurde. Die Übersichten liegen in verschiedenen Sprachen vor: **Bildungs- und Qualifizierungswege in Kiel** auch in Arabisch, Russisch und Türkisch.

Übersichten im Broschürenformat haben das Regionale Übergangsmanagement Fürth (**Berufsintegrative Hilfen für Schulabgänger/innen**) und der Landkreis Vorpommern-Rügen (**Berufswegeplan**) erstellt.

Vorzugsweise an Jugendliche und deren Eltern richtet sich ein im Internet zugänglicher **Leitfaden zur Berufsfindung im Salzlandkreis. Insider – Der Ausbildungsatlas für den Landkreis Görlitz** ist eine professionell gestaltete Broschüre mit umfassenden Informationen für Jugendliche, Eltern und Beratungsfachkräfte.

### Beispiele guter Praxis:

- ➔ Wege ins Berufsleben, Angebote und Maßnahmen für junge Menschen in Offenbach am Main (Regionales Übergangsmanagement Offenbach)
- ➔ Leitsystem Bildungs- und Qualifizierungswege nach der allgemeinbildenden Schule (Regionales Übergangsmanagement Berlin)
- ➔ Bildungs- und Qualifizierungswege in Kiel (Regionales Übergangsmanagement Kiel)
- ➔ Berufsintegrative Hilfen für Schulabgänger/innen (Regionales Übergangsmanagement Fürth)
- ➔ Berufswegeplan (Regionales Übergangsmanagement Landkreis Vorpommern-Rügen)
- ➔ Leitfaden zur Berufsfindung (Regionales Übergangsmanagement Salzlandkreis)
- ➔ Insider – Der Ausbildungsatlas für den Landkreis Görlitz (Regionales Übergangsmanagement Landkreis Görlitz)

## 4.3 Kritische Bestandsaufnahmen

Übersichten zum regionalen Angebot an Bildung, Qualifizierung, Unterstützung, Betreuung und Begleitung im Übergang Schule – Beruf stehen am Anfang fast aller Initiativen kommunaler Koordinierung.

Solche Übersichten haben in der Regel eher den Charakter einer beschreibenden Dokumentation und weniger die Qualität einer kritischen Bestandsaufnahme. Es braucht unter den Akteuren des Übergangssystems (und in Koordinationsgremien) ein hohes Maß an Vertrauen, um die Ergebnisse einer kritischen Analyse der Angebotsstruktur „aushalten“ und konstruktiv nutzen zu können. Denn in der Regel kommen kritischen Bestandsaufnahmen zu dem Schluss, dass es bei Angeboten Doppelungen und zwischen vergleichbaren Angeboten Qualitätsunterschiede gibt.

Es gibt gute Beispiele für die von der Kommune selbst durchgeführten kritischen Bestandsaufnahmen, wie z. B. die **SWOT-Analyse zum Stand der Berufs- und Studienorientierung im Landkreis Nordsachsen**.

Es spricht viel dafür, dass kritische Bestandsaufnahmen von externen und in ihrer Fachlichkeit anerkannten Expertinnen und Experten durchgeführt werden. Beispiele dafür sind:

- eine im Kreis Herford durchgeführte **Stärken-Schwächen-Analyse über die schulische Berufsausbildungsvorbereitung** an den Berufskollegs;
- die Studie zur **Situation und Perspektiven der Ausbildungsvorbereitung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf in NRW**;

- eine Analyse und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Übergänge Schule – Beruf in Stuttgart (**Verhinderung von Brüchen in der Zeit des Übergangs Schule – Beruf**), erarbeitet vom Lehrstuhl für empirische Bildungsforschung der Universität Würzburg;
- eine Stuttgarter Untersuchung, in der Daten aus einer Längsschnittstudie zu den Übergängen Jugendlicher von der Schule in Ausbildung den Ergebnissen einer Untersuchung zu den Förderstrategien der abgebenden Hauptschulen gegenübergestellt werden (**Förderangebote im letzten Pflichtschuljahr und ihr Beitrag zum Gelingen von Übergängen. Eine Untersuchung in Stuttgarter Hauptschulen**);
- die Verbindung einer Schulabsolventenstudie mit einer Betriebsbefragung (**Übergang Schule – Beruf im Landkreis St. Wendel**);
- eine vergleichende Evaluation von verschiedenen Formen der Berufsausbildungsvorbereitung in Mecklenburg-Vorpommern (**Junge Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern in berufs- und ausbildungsvorbereitenden Angeboten**);
- und eine vom DIPF durchgeführte Evaluation des Übergangsbereichs in Hessen mit Empfehlungen zu dessen Fortentwicklung (**Optimierung des Übergangsbereichs in Hessen**).

### Beispiele guter Praxis:

- ➔ SWOT-Analyse zum Stand der Berufs- und Studienorientierung im Landkreis Nordsachsen (Regionales Übergangsmanagement Landkreis Nordsachsen)
- ➔ Stärken-Schwächen-Analyse über die schulische Berufsausbildungsvorbereitung im Kreis Herford (Regionales Übergangsmanagement Herford)
- ➔ Zu Situation und Perspektiven der Ausbildungsvorbereitung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf in NRW (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen)
- ➔ Erfassung und Analyse des Übergangssystems in der Region Osnabrück (Universität Osnabrück)
- ➔ Förderangebote im letzten Pflichtschuljahr und ihr Beitrag zum Gelingen von Übergängen. Eine Untersuchung in Stuttgarter Hauptschulen (DJI)
- ➔ Übergang Schule – Beruf im Landkreis St. Wendel (Regionales Übergangsmanagement St. Wendel/DJI)
- ➔ Junge Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern in berufs- und ausbildungsvorbereitenden Angeboten (DJI)
- ➔ Optimierung des Übergangsbereichs in Hessen (DIPF)

Das Regionale Übergangsmanagement Berlin hat schließlich eine kritische Bestandaufnahme selbst durchgeführt und die dabei gewonnenen Erfahrungen in **Empfehlungen zur Durchführung von Bestandsaufnahmen** verarbeitet.

### Handreichungen:

- ➔ Empfehlungen zur Durchführung von Bestandsaufnahmen (Regionales Übergangsmanagement Berlin)
- ➔ Verhinderung von Brüchen in der Zeit des Übergangs Schule – Beruf (Universität Würzburg)

## 4.4 Entwicklung von Qualitätsstandards

Die Entwicklung von Qualitätsstandards hat zum Ziel, Mindestanforderungen für Angebote des Übergangssystems zu formulieren und diese über Absprachen verbindlich zu machen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT) hat eine Handreichung zu Qualitätsstandards für eine individuelle Begleitung von Jugendlichen erarbeitet: **Individuelle Begleitung am Übergang Schule – Beruf.**

Im Zuge der BMBF-Programme im Übergang Schule – Beruf hat das Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) im Auftrag des BMBF Qualitätsstandards teils empfohlen, teils explizit vorgegeben, die über diese Programme hinaus hilfreich sein können: **Qualitätsstandards zur Durchführung von Potenzialanalysen, Anregungen zur Gestaltung der Potenzialanalyse.**

Darüber hinaus sind in der BMBF-Förderinitiative *Regionales Übergangsmanagement* an vielen Standorten Standards für Leistungen und Angebote entwickelt und zum Teil durch die zuständigen Akteure verbindlich vereinbart worden. Beispiele sind: Im Regionales Übergangsmanagement Berlin wurden für die Erarbeitung von Qualitätsstandards „Schnittstellenkonferenzen“ eingerichtet, die ein breites Spektrum von Interessengruppen und Anspruchsträgern auf der Fachebene repräsentierten. In diesen Verfahren wurden **Standards für die Berufsorientierung** und **Standards zur Berufswegebegleitung** erarbeitet, und die Prozesse dieser Erarbeitung wurden dokumentiert. Wie die Leitungsebene von vornherein in den Prozess einbezogen werden kann, wurde vom Regionales Übergangsmanagement Weinheim für den dort verabredeten **Qualitätsrahmen Praktikum** dokumentiert.

### Handreichungen:

- ➔ [Individuelle Begleitung am Übergang Schule – Beruf Qualitätsstandards](#) (BAG ÖRT)
- ➔ [Qualitätsstandards zur Durchführung von Potenzialanalysen](#) (BMBF)
- ➔ [Anregungen zur Gestaltung der Potenzialanalyse](#) (INBAS)
- ➔ [Standards für die Berufsorientierung](#) (Regionales Übergangsmanagement Berlin)
- ➔ [Standards zur Berufswegebegleitung](#) (Regionales Übergangsmanagement Berlin)
- ➔ [Qualitätsrahmen Praktikum](#) (Regionales Übergangsmanagement Weinheim)



## 5. Verbesserung der Angebotsstruktur in der Sekundarstufe I

### Einführung

Wenn der Handlungsbedarf in der Region geklärt ist, müssen Schlüsse für eine Verbesserung der Angebotsstruktur gezogen und die angestrebten Verbesserungen schrittweise umgesetzt werden.

Aus der Vielfalt möglicher Interventionen zur Verbesserung der Angebotsstruktur vor oder an der ersten Schwelle werden drei Ansatzpunkte exemplarisch behandelt:

- Ein erster Ansatzpunkt ist die **organisatorische und räumliche Bündelung der Beratungs- und Vermittlungsleistungen** der Arbeitsagenturen, der Träger der Grundsicherung und der Jugendhilfe („unter einem Dach“).
- Ein zweiter Ansatzpunkt ist die **Verbesserung der Abstimmung von Angeboten der Berufsorientierung und der Berufswegebegleitung**, die in einer großen Zahl von Programmen und Initiativen in den Regionen zur Umsetzung anstehen.
- Ein dritter Ansatzpunkt ist, Prozesse der **Schulentwicklung** anzustoßen.

### 5.1 Organisatorische und räumliche Bündelung der Beratungs- und Vermittlungsleistungen

Beratungs- und Vermittlungsleistungen nach den Sozialgesetzen II, III und VIII werden räumlich und organisatorisch gebündelt, weil eine Beratung und Vermittlung von Jugendlichen differenziert nach Rechtskreisen, denen die Jugendlichen zugehören, den Anforderungen einer integrierten, an den Bedürfnissen der Jugendlichen orientierten Beratung und Vermittlung nicht gerecht werden. Es besteht das Risiko, dass Jugendliche auf dem Weg zwischen den verschiedenen Beratungsinstanzen verloren gehen, wenn deren Interventionen nicht aufeinander abgestimmt sind.

Die in den unterschiedlichen Instanzen eingesetzten Fachkräfte (Berufsberater/innen der Arbeitsagentur, Fallmanager/innen bei Trägern der Grundsicherung oder Einrichtungen der Jugendhilfe) räumlich unter einem Dach zusammen zu bringen, ist ein erster Schritt in ein konsistentes System.

Eine in diese Richtung zielende Initiative der Bundesagentur für Arbeit *Arbeitsbündnisse Jugend und Beruf* hat ihre Pilotphase abgeschlossen und wird über die Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit jetzt bundesweit verbreitet.

Die **Handreichung „Chancen ergreifen im Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“** ist als gedruckte Broschüre und als Download verfügbar. Interessierte Akteure auf lokaler/regionaler Ebene können über ihre Regionaldirektion der Bundesagentur Zugang zu einer von der Bundesagentur zu diesem Thema aufgebauten Sammlung von Tools erhalten. Ein Beispiel für ein ausgefeiltes Konzept zur Umsetzung des Ansatzes ist die **Jugendberufsagentur** in Hamburg.

#### Handreichungen:

➔ [Handreichung „Chancen ergreifen im Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“](#)

(Bundesagentur für Arbeit)

➔ [Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft zur Einrichtung einer Jugendberufsagentur](#) (Hamburg)

## 5.2 Abstimmung von Angeboten zur Berufsorientierung

Die Vielfalt von Programmen und Initiativen im Feld der Berufsorientierung konfrontiert die kommunale Koordinierung des Übergangs mit der Anforderung, die Angebote laufend an den regionalen Bedarf anzupassen. Die Vielfalt kann für den Aufbau konsistenter Strukturen genutzt werden, wenn folgende Prinzipien beachtet werden.

Koordinationsgremien und die Koordinationsteams der kommunalen Koordinierung sollten beteiligt sein:

- an der Auswahl der Schulen, an denen diese Programme und Projekte angesiedelt werden,
- an der Auswahl der Anbieter, die mit der Umsetzung dieser Programme und Projekte beauftragt werden,
- an der Festlegung von Qualitätsstandards, die bei der Umsetzung der Programme und Projekte einzuhalten sind,
- an der Konzipierung und Umsetzung von Programmen zur Qualifizierung der eingesetzten Fachkräfte,
- an der Implementierung einer vergleichenden Evaluation, mit der die Wirksamkeit von in ihren Zielen vergleichbaren Programmen und Projekten überprüft wird.

In fast allen Bundesländern wurden Konzepte entwickelt, um die Vielfalt von Bausteinen zur Berufsorientierung zu konsistenten Konzepten zu bündeln und zu qualifizieren.

Die Bundesagentur für Arbeit und die Arbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT haben eine Checkliste **Gelungene Berufsorientierung an Schulen der Sekundarstufe I** veröffentlicht.

### Beispiele guter Praxis:

- ➔ [Hamburger Programm zur Berufsorientierung und Berufswegeplanung](#) (Hamburg)
- ➔ [Leitlinien zur Berufswahlvorbereitung an den allgemeinbildenden Schulen](#) (Sachsen-Anhalt)
- ➔ [Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt](#) (Schleswig-Holstein)
- ➔ [Leitlinien zur Berufsorientierung](#) (NRW)
- ➔ [Qualitätskriterien zur Berufs- und Studienorientierung](#) (Sachsen)
- ➔ [Qualitätsstandards des Landesprogramms Olov](#) (Hessen)
- ➔ [Gelungene Berufsorientierung an Schulen der Sekundarstufe I](#)  
(Bundesagentur für Arbeit/SCHULEWIRTSCHAFT)

Fast alle diese Programme bzw. Konzepte weisen der regionalen Ebene (im mehr oder weniger großen Umfang) Koordinationsaufgaben zu.

Einen Überblick zur Rolle der Kommunen in diesem Feld gibt eine Expertise des DJI: **Bildungsbenachteiligte Jugendliche individuell von der Schule in Ausbildung lotsen: Zur Rolle der Kommunen**. Handreichungen, Instrumente und gute Praxis zur Abstimmung von berufsorientierenden Angeboten wurden in vielen Regionen entwickelt: Das Regionale Übergangsmanagement Berlin hat Handreichungen zum Thema **Berufsorientierung und Berufswegebegleitung** vorgelegt.

Zum Einsatz von Berufseinstiegsbegleitung hat das BMBF eine Handreichung veröffentlicht: **Berufseinstiegsbegleitung – Die Möglichmacher**. Einen **Wegweiser Praktikum** hat das Regionale Übergangsmanagement im Landkreis Mittelsachsen erarbeitet.

## Handreichungen:

- ➔ [Bildungsbenachteiligte Jugendliche individuell von der Schule in Ausbildung lotsen: Zur Rolle der Kommunen](#) (DJI)
- ➔ [Berufsorientierung. Ausgangslage, Qualitätsstandards, Wege der Implementierung Bd. 2](#) (Regionales Übergangsmanagement Berlin)
- ➔ [Berufswegebegleitung. Transparenz der Angebote und entwickelte Instrumente Bd. 4](#) (Regionales Übergangsmanagement Berlin)
- ➔ [Berufseinstiegsbegleitung – Die Möglichmacher](#) (BMBF)
- ➔ [Wegweiser Praktikum](#) (Regionales Übergangsmanagement Landkreis Mittelsachsen)

## 5.3 Schulentwicklung

Angesichts der Bedeutung der (abgebenden) allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I für das Gelingen von Übergängen in Ausbildung, hat es in den letzten Jahren eine Reihe von lokalen/regionalen Initiativen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Schulen durch Schulentwicklung gegeben. Diese Initiativen beziehen sich schwerpunktmäßig erstens auf die Kooperation von Schulen und Betrieben, zweitens auf eine „interkulturelle Schulentwicklung“ und drittens auf eine stärkere Elternbeteiligung.

**Grundsätze und Ansätze interkultureller Schulentwicklung** hat das DJI veröffentlicht (RÜM 4, S. 23-29). Im Kanton Zürich gibt es eine Handreichung für Schulen zur **Qualität in multikulturellen Schulen**. Deren Umsetzung wurde von der Universität Zürich evaluiert.

Für eine stärkere **Beteiligung der Eltern** an der Vorbereitung auf die Übergänge am Ende der Sekundarstufe I sind an Standorten der BMBF-Förderinitiative *Regionales Übergangsmanagement* Handreichungen und Fortbildungskonzepte für Lehrkräfte entwickelt worden: Die Sammlung von Arbeitsblättern zur **Zusammenarbeit mit Eltern in der Berufsorientierung** wurde für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter/innen an Stuttgarter Haupt- und Werkrealschulen herausgegeben. Die Arbeitsblätter sind in deutscher, türkischer, italienischer, serbischer, russischer und arabischer Sprache erhältlich. **DER GRÜNE FADEN** ist eine Anleitung aus Fürth, um Elternabende in Bildungseinrichtungen für Eltern interessanter zu gestalten. Die Dokumentation der **Fortbildungsreihe Berufsbezogene Elternarbeit** in Marburg beschreibt die Konzeption und die gesammelten Erfahrungen. Das Regionale Übergangsmanagement Leipzig hat eine Befragung von Eltern zu deren Sicht auf die berufsorientierenden Angebote der Schulen und auf die eigene Rolle durchgeführt: **Ergebnisbericht „Eltern und Berufsorientierung“**.

## Handreichungen:

- ➔ [Jugendliche mit Migrationshintergrund im Übergang Schule – Berufsausbildung: Grundsätze und Ansätze interkultureller Schulentwicklung](#) (DJI/ RÜM 4)
- ➔ [Handreichung zur Qualität in multikulturellen Schulen](#) (Bildungsdirektion Kanton Zürich)
- ➔ [Zusammenarbeit mit Eltern in der Berufsorientierung Arbeitsblätter auf Deutsch, Türkisch, Italienisch, Serbisch, Russisch, Arabisch](#) (Regionales Übergangsmanagement Stuttgart)
- ➔ [DER GRÜNE FADEN- eine Anleitung zum Organisieren von Elternabenden in Bildungseinrichtungen](#) (Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft ELAN, Fürth)

➔ Fortbildungsreihe Berufsbezogene Elternarbeit (Regionales Übergangsmanagement Marburg)

Anschauliche Praxisbeispiele für **Kooperationen von Schule und Wirtschaft** hat das Regionale Übergangsmanagement Weinheim zusammengestellt. Das Konzept der **Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen** behandelt ein Bericht der IHK Region Stuttgart.

### Beispiele guter Praxis:

➔ Kooperationen von Schule und Wirtschaft. Praxisbeispiele aus Weinheim  
(Regionales Übergangsmanagement Weinheim)

➔ Qualität in multikulturellen Schulen (Universität Zürich)

➔ Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen (IHK Region Stuttgart)

➔ Ergebnisbericht „Eltern und Berufsorientierung“ (Regionales Übergangsmanagement Leipzig)

## 6. Verbesserung der Angebotsstruktur in der Sekundarstufe II

### Einführung

Das letzte Kapitel der Toolbox beschreibt Tools für eine bessere Anpassung des Angebots von Bildungsgängen der Sekundarstufe II an den Bedarf. Dabei sind folgende Typen von Bildungsgängen zu unterscheiden:

- Bildungsgänge zum Erwerb der Ausbildungsreife
- Reguläre Ausbildungsgänge mit anerkanntem Abschluss
- Bildungsgänge an beruflichen Schulen zum Erwerb allgemeinbildender Abschlüsse

**Bildungsgänge zum Erwerb der Ausbildungsreife** sind Förderangebote für Jugendliche mit hohem Förderbedarf und werden berufsschulisch, als **BvB-Maßnahmen** oder in **Produktionsschulen** durchgeführt. Sie haben in der Regel eine Dauer von einem Jahr, wobei die Förderung verlängert werden kann, wenn ein entsprechender individueller Bedarf festgestellt wird. In diesen Bildungsgängen kann der Hauptschulabschluss nachgeholt werden. Lernorte für Praxiserfahrungen sind Betriebe oder betriebsähnliche Einrichtungen. Die erfolgreiche Teilnahme an diesen Bildungsgängen sollte mit der Garantie einer anschließenden Übernahme in eine reguläre Ausbildung verbunden werden.

**Reguläre Ausbildungsgänge mit anerkanntem Abschluss** führen zu Abschlüssen nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. Landesrecht. Als Zielgruppe gelten ausbildungsreife Jugendliche und Jugendliche mit punktuellm Förderbedarf. Die Ausbildung kann in Betrieben, beruflichen Schulen und außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen absolviert werden. Ist die Ausbildung nicht betrieblich, so werden praktische Ausbildungsanteile in Betrieben oder in betriebsähnlichen Einrichtungen durchgeführt. Die Dauer der Ausbildung richtet sich nach den Ausbildungsordnungen bzw. den Landesregelungen und wird bei Bedarf individuell verlängert.

Zielgruppen von berufsschulischen **Bildungsgängen zum Erwerb allgemeinbildender Abschlüsse** sind Jugendliche, die nach dem Besuch einer Haupt- oder Förder- oder Realschule weitere allgemeinbildende Abschlüsse erwerben wollen. Die Besonderheit dieser Bildungsgänge liegt darin, dass das Lernen von beruflichen Inhalten für die Aneignung von allgemeinbildenden Inhalten genutzt wird. In diesen Bildungsgängen kann auch der Erwerb eines allgemeinbildenden Abschlusses mit dem eines anerkannten Ausbildungsabschlusses verbunden werden.

Eine Art Blaupause für eine Verbesserung der Angebotsstruktur in der Sekundarstufe II liefert die von der Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit den Bundesländern und der Bundesagentur für Arbeit gestartete Initiative *Übergänge mit System: Eckpunkte der Initiative „Übergänge mit System“*. In einem Positionspapier hat die Stiftung ihr Konzept differenziert begründet: **Übergänge mit System. Fünf Forderungen für die Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf**. In einer von der Stiftung in Auftrag gegebenen Expertise werden die Kosten einer von der Initiative *Übergänge mit System* geforderten Ausbildungsgarantie berechnet: **Was kostet eine Ausbildungsgarantie in Deutschland?**

Teils im Anschluss an diese Initiative, teils bereits in deren Vorlauf haben mehrere Bundesländer mit der Umgestaltung der Sekundarstufe II begonnen. Sowohl die Initiative der Bertelsmann Stiftung als auch die Konzepte einiger Länder vernachlässigen oder ignorieren gar die Tatsache, dass der Erwerb höherwertiger allgemeinbildender Abschlüsse in beruflichen Schulen gerade für Jugendliche aus bildungsfernen Familien ein wichtiger Weg des „Aufstiegs durch Bildung“ ist.

Prominente Beispiele für die Umsetzung von Übergängen mit System in Reformkonzepte auf Länderebene sind: **Maßnahmen zur Umsetzung der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg** und **Neues Übergangssystem Schule – Beruf in NRW**. Das Regionale Übergangsmanagement Berlin hat in einer Handreichung Vorschläge zu einer Qualifizierung von Bildungsgängen zum Erwerb der Ausbildungsreife in einem reformierten **Übergangssystem** entwickelt.

### Handreichungen:

- ➔ **Eckpunkte der Initiative „Übergänge mit System“** (Bertelsmann Stiftung)
- ➔ **Übergänge mit System. Fünf Forderungen für die Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf** (Bertelsmann Stiftung)
- ➔ **Was kostet eine Ausbildungsgarantie in Deutschland?** (Bertelsmann Stiftung)
- ➔ **Maßnahmen zur Umsetzung der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg** (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg)
- ➔ **Neues Übergangssystem Schule – Beruf in NRW** (Kultusministerium NRW)
- ➔ **Übergangssystem** (Regionales Übergangsmanagement Berlin)